

Innenpolitik Japans 2014/2015

Christian G. Winkler

Japans Domestic Politics 2014/15

This chapter is a brief summary of the events and developments in Japanese domestic politics from mid-2014 through mid-2015. It covers the 2014 House of Representatives election, changes in the party landscape, most notably the ongoing decline of the so-called third force parties, and developments in key policy areas, most notably security legislation, energy policy and history politics during the 70th anniversary of the end of World War II.

1 Die Parteien

Das folgende Kapitel gibt einen kurzen Überblick über die Partei- und Innenpolitik Japans ab Mitte 2014 und beginnt mit den Parteien. Im Folgenden werden nur die Parteien besprochen, die sich strukturell gewandelt haben und/oder bei denen es personelle Veränderungen gab.

Liberal Demokratische Partei (LDP)

Im September 2014 bildete Premierminister Shinzō Abe sein Kabinett um. Seit seinem Amtsantritt im Dezember 2012 hatte Abe sein Kabinett nicht verändert. In der LDP ist es üblich, Unterhausabgeordnete, die seit mindestens vier Legislaturperioden, und Oberhausabgeordnete, die mehr als seit zwei Legislaturperioden im Parlament vertreten sind, zu Ministern zu ernennen. Mitte 2014 gab es unter diesen LDP-Abgeordneten fast 60 Personen, die noch kein Ministeramt bekleidet hatten und ihren Unmut darüber mehr oder minder deutlich zu Protokoll gegeben hatten.

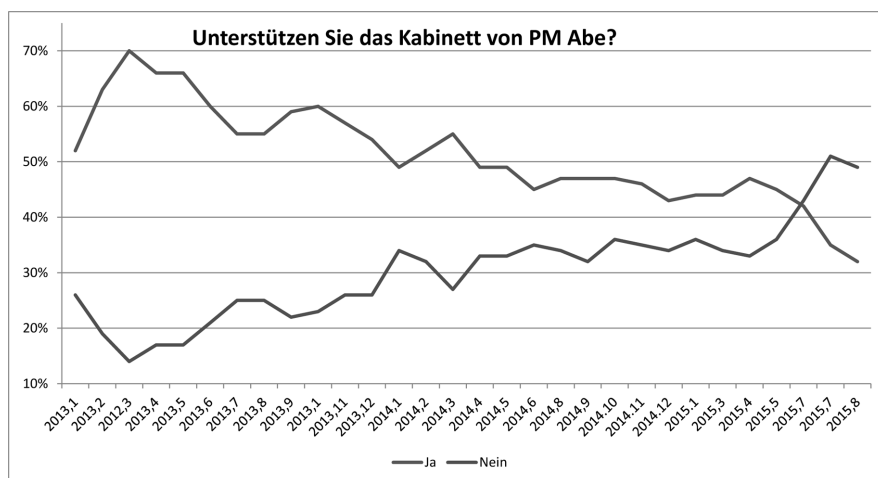
Um dieser Situation Rechnung zu tragen und um das Kabinett auf die kommende Unterhauswahl vorzubereiten, entschied sich Abe für einen radikalen Umbau des Kabinetts. Er hielt an lediglich sechs Ministern, darunter Finanzminister Tarō Asō und Regierungssprecher Yoshihide Suga, fest. Nach der Umbildung befanden sich unter den 18 Kabinettsmitgliedern fünf Frauen, was der bisher höchsten Frauenquote entsprach (ein Rekord, den sich das Abe-Kabinett mit dem ersten Koizumi-Kabinett des Jahres 2001 teilt) (MS 03.09.2014). Mit dem für japanische Verhältnisse hohen Frauenanteil wollte Abe demonstrieren, dass es ihm, dem konservativen Politiker mit »Womenomics«, durchaus ernst war. Dabei lagen die Hoffnungen der LDP vor allem auf Wirtschaftsministerin Yūko Obuchi (der Tochter des im Jahre 2000 im Amt verstorbenen Premierministers Keizō Obuchi) (MS 04.09.2014).

Die Kabinettsumbildung entwickelte sich jedoch sehr schnell zu einem Bumerang: Wirtschaftsministerin Obuchi trat aufgrund signifikanter Unregelmäßigkeiten bei der Buchhaltung ihrer politischen Organisation im Oktober zurück (HS 20.10.2014). Justizministerin Matsushima trat am gleichen Tag zurück, nachdem sie während des Wahlkampfes Fächer mit ihrem Konterfei bei einem Fest verteilen ließ. Dies war ein Verstoß gegen japanisches Wahlrecht, das solche »Geschenke« an das Wahlvolk untersagt. Neuer Wirtschaftsminister wurde Yōichi Miyazawa (der Neffe des ehemaligen Premiers Kiichi Miyazawa), Yōko Kamikawa neue Justizministerin. Nach dem Wahlsieg der LDP-Kōmeitō (Partei für eine Saubere Regierung)-Koalition behielten alle Kabinettsmitglieder ihre Posten. Die neu geschaffene Position des Ministers für die olympischen und paralympischen Spiele 2020 wurde Toshiaki Endō übertragen. Zwei Monate später kam es jedoch erneut zu einem Wechsel im Kabinett, weil Landwirtschaftsminister Kōya Nishikawa im Februar seinen Rücktritt einreichte. Zuvor war bekannt geworden, dass er Spenden von Unternehmen erhielt, die durch staatliche Agrarsubventionen unterstützt wurden. Empfängern staatlicher Subventionen ist es laut Gesetz nicht erlaubt, Politiker durch Wahlspenden zu unterstützen, um Korruption zu verhindern. Als Nachfolger von Nishikawa berief Premier Abe den ehemaligen Agrarminister Yoshimasa Hayashi (YS 24.02.2015).

Nach der Unterhauswahl 2014 ernannte Abe den Vorsitzenden seiner Faktion Nobutaka Machimura zum Präsidenten des Unterhauses. Machimura gab den Vorsitz der mitgliederstärksten LDP-Faktion an den ehemaligen Regierungssprecher Hiroyuki Hosoda ab (YS 23.12.2014). Machimura, der im Juni im Alter von 70 Jahren verstarb, war bei der Wahl zum Parteivorsitzenden 2012 gegen Abe angetreten und unterlegen. Dies führte zu der seltenen Situation, dass zwei Politiker aus der gleichen Faktion im partei-internen Wahlkampf aufeinandertrafen. Im Dezember 2014 kritisierte Machimura zudem Abes Entscheidung, die

zweite Stufe der Mehrwertsteuererhöhung zu verschieben (MS 02.06.2015). Die Ernennung Hosodas, der Abe näher steht wie Machimura, wurde von Beobachtern als ein erster Schritt in Richtung Abes Wiederwahl zum Parteivorsitzenden gesehen (YS 23.12.2014). Seine jetzige Amtszeit als Parteivorsitzender endet im September 2015. Obwohl die Zustimmungsraten zu seinem Kabinett vor allem durch die parlamentarischen Beratungen zur neuen Sicherheitspolitik gelitten haben und die neuesten Umfragen (Stand Mitte August 2015) einen deutlichen Zuwachs an Kritik verzeichnen, halten sich die innerparteilichen Diskussionen um eine potentielle Ablösung Abes in Grenzen.

GRAFIK 1



Quelle: Basiert auf den monatlichen Meinungsumfragen der Mainichi Shinbun.

Ein Grund hierfür ist, dass Abe seine schärfsten Rivalen in das Kabinett (Minister für die Wiederbelebung der Regionen Shigeru Ishiba) bzw. die Parteiführung (Generalsekretär Sadakazu Tanigaki) eingebunden und ihnen somit wenig Handlungsspielraum gegeben hat (MS 04.09.2014). Während LDP-Präsidentschaftswahlen traditionell von mindestens drei Bewerbern ausgefochten werden, schien es im Sommer 2015 so, dass Abe mangels starker Konkurrenz ohne Gegenkandidaten wiedergewählt wird.

Ironischerweise bereitete eine Gruppe Abgeordneter, die Abe auf dem Weg zu seiner wahrscheinlichen Wiederwahl unterstützen sollte, im Juni massive Kopfschmerzen. Während eines Treffens im LDP-Hauptquartier sprachen sich mehrere Abgeordnete dafür aus, Sponsoren aus der Privatwirtschaft nahezulegen,

keine Werbung mehr in LDP-kritischen Medien zu schalten. Die Gruppe hatte den umstrittenen Schriftsteller Naoki Hyakuta als Gastredner geladen. Hyakuta forderte, die beiden großen lokalen Tageszeitungen auf Okinawa (die Okinawa Times und die Ryukyu Shimpo) zu »vernichten«, weil sie die Bevölkerung mit einseitiger Berichterstattung gegen die Verpflanzung des Militärstützpunktes Futenma nach Henoko aufhetzen würden. Darauf sah sich Generalsekretär Tanigaki gezwungen, drei LDP-Abgeordnete zu verwarnen und sich für die Aussagen zu entschuldigen (AS 03.07.2015; *Kyodo News* 02.07.2015). Für die Parteiführung waren die verbalen Entgleisungen vor allem deshalb ein Problem, weil sie während der Beratungen über die umstrittene Sicherheitsgesetzgebung (siehe hierzu Unterkapitel 4) gefallen sind, und weil die Gruppe der Abgeordneten dem Premierminister sehr nahe steht.

Andererseits war das obige Treffen nicht das erste Mal, dass LDP-Mitglieder Medienschele betrieben haben. Vor der Unterhauswahl hatte die LDP die Fernsehanstalten in Tōkyō explizit aufgefordert, »fair« über den Wahlkampf zu berichten. Zuvor hatte PM Abe dem Sender TBS vorgeworfen, nur Interviews mit Bürgern, die Abenomics kritisch gegenüber stehen, auszustrahlen (MS 29.12.2014). Im April 2015 lud die Partei TV Asahi und NHK zum Rapport. Der ehemalige Bürokrat und Abe-Kritiker Shigeaki Koga hat in seinem letzten Auftritt bei TV Asahi die Regierung Abe scharf kritisiert und erklärt, dass Druck der Regierung auf den Sender zu seinem Abgang geführt habe. NHK sendete ein Interview, in dem der Reporter Einfluss auf sein Gegenüber ausgeübt hatte. Unter Berufung auf das Rundfunkgesetz, das eine neutrale Berichterstattung vorschreibt, befragte ein LDP-Ausschuss Manager der beiden Sender zu den Vorfällen (AS 18.04.2015). Folglich wurde der LDP eine Einschüchterungsstrategie vorgeworfen. Kritiker argumentierten, dass es genau das Ziel des Rundfunkgesetzes sei, Einflussnahme auf die Medien durch die Regierung zu verhindern (Ikegami 2015).

Demokratische Partei Japans (DPJ)

Nachdem der amtierende Parteivorsitzende Banri Kaieda seinen Sitz im Parlament bei der Unterhauswahl im Dezember 2014 verloren hatte, wählte die DPJ im Januar 2015 einen neuen Vorsitzenden. Mit Katsuya Okada, Gōshi Hosono und Akira Nagatsuma standen drei Kandidaten zur Wahl. Vor dem Hintergrund des ernüchternden Wahlergebnisses wurde die Wahl zu einer Richtungsentscheidung, bei der die Kandidaten aufzeigen mussten, wie sie die DPJ wieder konkurrenzfähig machen wollten. Dabei vertrat Hosono den rechten Flügel der Partei, der sich für eine engere

Kooperation und schließlich auch eine Fusion mit der *Ishin no Tō* (Innovationspartei Japans) aussprach. Okada, bereits von 2004 bis 2005 Parteivorsitzender und während der Regierungszeit Vize-Premierminister, hingegen betonte die Bedeutung des Markennamens »DPJ« und versprach den Mitgliedern, die DPJ ohne fremde Hilfe wieder zu alter Stärke zurückzuführen. Der linke Flügel schickte den ehemaligen Gesundheitsminister Nagatsuma ins Rennen. Er sprach sich ebenfalls für einen unabhängigen Wiederaufbau der Partei aus (MS 01.09.2015). Die Wahl wurde zu einem Zweikampf zwischen Okada und Hosono, den Okada in einem zweiten Wahlgang knapp für sich entschied, u. a. weil er das Nagatsuma-Lager auf seine Seite ziehen konnte. Nach der Wahl berief er seine beiden Konkurrenten in die Parteispitze (MS 20.01.2015). An den Umfragewerten änderte der Wechsel an der Parteispitze jedoch wenig. Trotz fallender Umfragewerte für die Abe-Regierung ist es der DPJ auch unter Okada bisher nicht gelungen, verlorenes Wählervertrauen zurückzugewinnen.

»Dritte Kräfte«

Die zweite Hälfte des Jahres 2014 sowie das Jahr 2015 waren geprägt von dem fortschreitenden Zerfall der »dritten Kräfte«, jener Parteien also, die in vergangenen Jahren der LDP und vor allem der DPJ Konkurrenz gemacht hatten.

Die älteste dieser Parteien, die 2009 gegründete *Minna no Tō* (Your Party), löste sich im November 2014 kurz vor der Unterhauswahl selbst auf. Dies war das Resultat eines Machtkampfes zwischen Parteigründer Yoshimi Watanabe und seinem Nachfolger als Parteivorsitzenden Keiichirō Asao. Während Watanabe aus der Opposition heraus mit der LDP kooperieren wollte, strebte Asao eine engere Kooperation mit den anderen Oppositionsparteien an (Murao und Kaite 2014). Letztlich entschied sich eine Mehrheit der Parlamentsabgeordneten für Asaos Vorschlag, die Partei aufzulösen (Murao 2014).

Bereits ein paar Monate vor der *Minna no Tō* zerbrach auch die zweite »dritte Kraft« im Parlament, der *Nihon Ishin no Kai* (Japan Restoration Party). Zwei Jahre nach der Fusion der von Shintarō Ishihara geführten *Taiyō no Tō* (Sunrise Party of Japan) und dem von Tōru Hashimoto gegründeten *Ōsaka Ishin no Kai* zur JRP (siehe Reed 2013: 74–78) entschieden sich die beiden Parteiflügel, getrennte Wege zu gehen. Die Differenzen zwischen den beiden Gruppen über die Nähe zur Regierungskoalition sowie die Kooperation mit anderen Oppositionsparteien waren unüberbrückbar geworden (YS 22.06.2014). Während Hashimoto eine Fusion mit der von Kenji Eda geführten *Yui no Tō* anstrebte, sprach sich Ishihara gegen diese Pläne

aus. Eda lehnte die von Ishihara geforderte Aufnahme des Begriffs *jishu kenpō* (einer von Japanern selbst geschriebenen Verfassung; im Gegensatz zu der von »der amerikanischen Besatzung aufoktroierten« Nachkriegsverfassung) in die Gründungsakte einer neuen Partei ab (YS 24.05.2014). In der Folge formierten sich die *Ishin no Tō* um Hashimoto und Eda sowie Ishiharas *Jisedai no Tō* (Partei für zukünftige Generationen).

Auch wenn Ishiharas Handschrift bei der *Jisedai no Tō* unverkennbar war, übernahm er anders als bei den ersten beiden Stationen seiner Rückkehr auf das politische Parkett in Nagatacho keine offizielle Führungsrolle. Takeo Hiranuma wurde Vorsitzender der neuen Partei, die sich u. a. für eine Revision der Verfassung, kollektive Selbstverteidigung, patriotische Erziehung, Strukturreformen, Generationengerechtigkeit und Atomkraft stark machte (*Jisedai no Tō* 2014).

Im Mai 2015 kam es in Ōsaka zu einem Referendum über die Implementierung von Hashimotos wichtigstem Projekt, dem sogenannten *Ōsaka to kōsō*. Dieser Plan sah die Überführung der Präfektur Ōsaka und der Stadt Ōsaka in eine an die Präfektur Tōkyō (mit ihren 23 Verwaltungsbezirken) angelehnte neue Verwaltungsstruktur vor. Hashimoto argumentierte, durch die Fusion ließe sich die Verwaltung rationalisieren und der Service für die Bürger verbessern. Hashimotos Kritiker hingegen bezweifelten die positiven Effekte der Reform und argumentierten für den Erhalt der bisherigen Strukturen. So sah sich die IPJ einer großen, sehr bunten Koalition von Gegnern, die von der lokalen LDP bis zur kommunistischen Partei reichte, gegenüber. Trotz der starken Oppositionsfront unterlag Hashimotos Plan in dem Bürgerentscheid nur knapp. Darauf kündigte er seinen Rücktritt als Bürgermeister von Ōsaka zum Herbst 2015 an (YS 18.05.2015). Für seine Partei hatte die Niederlage weitreichende Folgen. Als Konsequenz der Niederlage trat auch Parteipräsident Eda zurück. Matsuno Yorihiisa wurde sein Nachfolger (Kobayashi und Makino 2015, YS 20.05.2015). Auch unter Matsuno versuchte sich die Partei in dem schwierigen Spagat zwischen konstruktiver Oppositionspartei und Kooperation mit der DPJ. Dabei kam es mehrmals zu Spannungen zwischen Hashimoto, der sich gegen eine Kooperation mit der DPJ aussprach, und Matsuno, der sich eine Kooperation mit seiner ehemaligen Partei durchaus vorstellen konnte (YS 16.06.2015). Diese Konstellation erinnert in vieler Hinsicht an den Richtungskampf zwischen Asao und Watanabe in der *Minna no Tō*.

Die Stagnation der oben genannten Parteien kann als eine Manifestierung des Drucks gesehen werden, den das Wahlsystem (zumindest im Unterhaus) auf die Parteien ausübt. In den 295 Wahlbezirken zieht jeweils nur der eine Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereint hat, ins Unterhaus ein. Dieses Wahlsystem

begünstigt große Parteien wie die LDP. Eine fragmentierte Opposition aus DPJ und diversen »dritte Kraft«-Parteien resultiert zwangsläufig in einer Aufspaltung des Anti-LDP-Wählerpotentials. Diese Spaltung erleichtert es dem jeweiligen LDP-Kandidaten, die erforderliche einfache Mehrheit in einem Wahlkreis zu erringen. Dieser Mechanismus erklärt auch, warum die LDP so erfolgreich aus den Wahlen 2012 und 2014 hervorgegangen ist.

2 Die Unterhauswahl 2014

Im November 2014 entschied sich Premierminister Abe für eine Auflösung des Unterhauses. Die offizielle Begründung war die Verschiebung der ursprünglich für Oktober 2015 geplanten zweiten Stufe der Mehrwertsteuererhöhung (von 8 % auf 10 %). Abe argumentierte, er wolle – anders als die DPJ-Vorgängerregierung – den Wähler über eine Änderung eines zentralen Wahlversprechens abstimmen lassen. Kritiker sahen in der Wahl vielmehr ein Mittel zur Schadensbegrenzung: Nachdem zwei Ministerinnen aufgrund von Skandalen zurücktreten mussten und weitere Minister in die Kritik geraten waren, zog Abe die Notbremse. Die Entscheidung für eine Wahl Ende 2014 – lediglich zwei Jahre nach der letzten Unterhauswahl – fiel darüber hinaus mit Blick auf die noch immer stark fragmentierte Opposition sowie die für 2015 anstehenden, kontroversen Vorhaben der Regierung, vor allem die rechtliche Umsetzung der im Juli 2014 durch das Kabinett beschlossenen Neuauslegung von Artikel 9 der japanischen Verfassung (MS 19.11.2015).

Im Wahlkampf versprach die LDP, die Früchte des zarten wirtschaftlichen Aufschwungs auch in die Regionen sowie zu klein- und mittelständischen Unternehmen zu tragen. Die Oppositionsparteien konterten, indem sie Abenomics als ein gescheitertes Experiment darstellten, das Japans Wirtschaft nicht in Schwung gebracht und Einkommensunterschiede weiter verstärkt hätte (siehe z. B. DPJ 2014: 2–3). Weiterhin versuchten die Oppositionsparteien ihre Lehren aus dem Debakel der vorausgegangenen Unterhauswahl zu ziehen, in der sich ihre Kandidaten gegenseitig die Stimmen wegnahmen und somit den LDP-Kandidaten zu einfachen Siegen in den Wahlkreisen verhalfen: In vielen Wahlkreisen stimmten sich DPJ und IPJ ab und schickten nur einen Kandidaten in den Kampf gegen den jeweiligen LDP-Konkurrenten. Der Effekt dieser Maßnahme blieb bescheiden, weil den Oppositionsparteien wenig Zeit zur Koordination blieb und sich die jeweiligen Unterstützergruppen nicht überreden ließen, den Kandidaten der kooperierenden Oppositionspartei zu wählen.

Das Endergebnis der Wahl sieht wie folgt aus:

Tabelle 1: Ergebnis der Unterhauswahlen 2012 und 2014 im Vergleich

Partei	2012	2014
LDP	293	290
DPJ	62	73
JRP/JIP	42	41
PFG	19	2
Kōmeitō	31	35
JCP	8	21
SDPJ	2	2
PLF	5	2
Unabhängig	17	9
Gesamt	479	475

Quelle: *Yomiuri Online* (2014).

Die Regierungskoalition konnte ihre absolute Mehrheit klar verteidigen. Die LDP blieb mit 290 Sitzen die mit Abstand stärkste Kraft im Unterhaus. Die *Kōmeitō* gewann 35 Sitze. Auf Seiten der Oppositionsparteien konnte sich lediglich die Kommunistische Partei (JKP) als Sieger fühlen. Sie steigerte die Anzahl ihrer Abgeordneten von 8 auf 21 und fuhr damit ihr bestes Wahlergebnis seit 1996 ein. So errang ein JKP-Kandidat auch zum ersten Mal seit 18 Jahren wieder ein Direktmandat in einem Wahlkreis (Okinawa 1). Der DPJ gelang es zwar, elf Sitze hinzuzugewinnen und damit den Status der größten Oppositionspartei zu zementieren; allerdings blieb die Partei auch 2014 weit hinter früheren Wahlergebnissen zurück. Die IPJ gewann lediglich einen Sitz hinzu. Für die *Jisedai no Tō* wurde die Wahl zum Debakel. Die Partei verlor 17 ihrer 19 Sitze. Lediglich dem Parteivorsitzenden Hiranuma und Hiroyuki Sonoda, die beide über sehr starke Wahlkampforganisationen in ihren Wahlkreisen verfügen, gelang der Wiedereinzug ins Unterhaus. Sowohl Ishihara als auch der bekannte ehemalige Luftwaffengeneral Tamogami, der bei der Wahl zum Gouverneur von Tōkyō mit einem beachtlichen Ergebnis verloren hatte, gelang dies nicht (AS 20.12.2014). Daraufhin erklärte Ishihara seinen Rückzug aus der Politik (YS 17.12.2014). Der Versuch, eine Partei rechts neben den beiden großen Parteien zu etablieren, ist damit gescheitert. Das sehr schwache Abschneiden der PFG sowie das starke Wahlergebnis der Kommunistischen Partei zeigen, dass die Diskussion um einen Rechtsruck in Japan sehr differenziert geführt werden sollte.

Generell kann man sagen, dass das obige Wahlergebnis vor allem die organisatorische Stärke von LDP, *Kōmeitō* und JKP widerspiegelt. Alle drei Parteien profitierten davon, dass die organisatorisch schwächeren Parteien, vor allem die DPJ und IPJ wenig Zeit hatten, sich auf die Wahl vorzubereiten. Des Weiteren hatten Mei-

nungsumfragen bereits vor der Wahl gezeigt, dass die Opposition die Regierungsmehrheit nicht gefährden könnte. Viele Wähler blieben aus diesem Grund den Wahlurnen fern. Die Wahlbeteiligung erreichte mit 52,7 % einen neuen historischen Tiefstand (*Yomiuri Online* 15.12.2015).

3 Wahlen auf lokaler Ebene

Auf Präfektorebene verloren LDP-Kandidaten nach der Gouverneurswahl in Shiga auch die Wahlen in Saga und Okinawa. In allen drei Fällen gelang es den erfolgreichen Oppositionskandidaten, ein wichtiges Thema zu besetzen und damit beim Wähler zu punkten: In Shiga war der ehemalige DPJ-Unterhausabgeordnete Taizō Mikazuki erfolgreich, indem er sich für den bereits von seiner Vorgängerin Yukiko Kaga propagierten Ausstieg aus der Atomenergie stark gemacht hatte. In Okinawa gewann Takeshi Onaga die Wahl gegen den amtierenden Gouverneur Nakaima in dem er sich gegen den Bau eines neuen US-Marineinfanterie-Stützpunktes in der Bucht von Henoko aussprach. In Saga siegte Yoshinori Yamaguchi gegen einen LDP-Herausforderer. Yamaguchi hatte sich die Unterstützung der Agrargenossenschaften sowie von Teilen der lokalen LDP-Parteiorganisation gesichert, die aus Angst um die Zukunft der japanischen Landwirtschaft gegen die Agrarreformen der Zentralregierung kämpften (*AS* 30.01.2015).

Im Gegensatz zu den vorhergehenden Wahlen waren die Regionalwahlen im April 2015 geprägt von Wahlsiegen der von der Regierungskoalition unterstützten, amtierenden Präfektur-Gouverneure. Aufgrund der Schwächung der DPJ seit dem Bruch der Partei und der Wahlniederlage im Jahre 2012 kam es lediglich in Hokkaido und Ōita zu einem Wahlkampf zwischen einem von der Regierungskoalition unterstützten Amtsinhaber und von der DPJ unterstützten Herausforderer. In beiden Fällen setzten sich Erstere durch. Darüber hinaus gewann die LDP zum ersten Mal seit 1991 wieder mehr als 50 % aller Sitze (1153 von 2284) in den Präfekturparlamenten, auch wenn die absolute Zahl der von LDP-Kandidaten gewonnenen Sitze von 1196 auf 1153 zurückging. Die Kōmeitō verteidigte ihre 169 Sitze erfolgreich. Auf Seiten der Opposition gelang es der Kommunistischen Partei – wie auch bei der Unterhauswahl –, die Zahl ihrer Abgeordneten (von 80 auf 111) zu erhöhen. Damit ist die Partei zum ersten Mal in allen 47 Präfekturparlamenten vertreten. Anders als bei der Unterhauswahl im Dezember konnte die DPJ bei den Regionalwahlen keinen Boden gutmachen. DPJ-Kandidaten konnten lediglich 264 ihrer 276 Sitze verteidigen. Die Wahlbeteiligung lag sowohl bei den Gouverneurs- als auch bei den Präfekturparlamentswahlen bei unter 50 % und erreichte damit ein historisches Tief (*YS* 13.04.2015).

4 Die rechtliche Ausarbeitung der Neuauslegung von Artikel 9

Die Debatte um die Implementierung der vom Kabinett bereits im Juli 2014 beschlossenen Neuauslegung von Artikel 9 dominierte die parlamentarische wie öffentliche Debatte im Jahre 2015. Gemäß der bis 2014 geltenden Auslegung erlaubte Artikel 9 der japanischen Verfassung der japanischen Regierung lediglich individuelle, nicht jedoch kollektive Selbstverteidigung (Winkler 2011: 47–48). Da der Versuch einer schrittweisen Verfassungsreform, beginnend mit der Verwässerung der für eine Reform notwendigen Parlamentsmehrheit (von einer 2/3 Mehrheit hin zu einer einfachen Mehrheit), gescheitert war, entschied sich die Regierung für das altbewährte Mittel der Verfassungsänderung durch Neuauslegung. Nach dem letztjährigen Kabinettsbeschluss stand die rechtliche Umsetzung des Vorhabens auf dem Programm des Parlaments. Die Diskussionen drehten sich dabei vor allem um die Frage, was die Selbstverteidigungsstreitkräfte (SVS) auf ausländischem Boden leisten sollten. Der Gesetzesentwurf der Regierung sieht vor: die Implementierung kollektiver Selbstverteidigungsmaßnahmen im Falle einer »existentiellen Bedrohung« Japans, die globale SVS-Unterstützung der US-Streitkräfte hinter der Front (z. B. durch Betankung, Transporter oder medizinische Versorgung), die Rettung in Not geratener japanischer Staatsbürger im Ausland (unter der Bedingung, dass der jeweilige Staat dem Einsatz zustimmt), den Waffeneinsatz zur Verteidigung des eigenen Personals sowie zum Schutz der Zivilbevölkerung im Rahmen von UN-Missionen und Territorialverletzungen, die völkerrechtlich keinen kriegerischen Akt eines anderen Staates darstellen. Wie bereits eingangs erwähnt, hatte die Regierung ihre liebe Not, die Notwendigkeit sowie die rechtlichen Grenzen dieser Gesetzesentwürfe dem Wahlvolk vor den Fernsehschirmen zu erklären. So zeigten die Meinungsumfragen der meisten großen Tageszeitungen – unabhängig von deren politischen Präferenzen – deutlich eine anhaltende Skepsis. In einer Asahi-Umfrage Mitte Juli sagten 48 % der Befragten, dass sie die Pläne der Regierung für »verfassungswidrig« halten, während lediglich 24 % sie für verfassungskonform hielten (AS 14.07.2015).

Im Juni lud der Parlamentsausschuss drei Verfassungsrechtler als Experten vor: Alle drei argumentierten, dass die von der Regierung vorgelegten Neuregelungen gegen die Verfassung verstoßen wurden. Für die LDP überraschend zweifelte auch der von ihr vorgeschlagene Professor Yasuo Hasebe (Waseda Universität) die Verfassungskonformität der Gesetzesentwürfe an. Danach ging die LDP, vor allem in Person von Vize Masahiko Kōmura, dazu über, die Wissenschaftler zu diskreditieren. Es wurde der Versuch unternommen, das Recht auf kollektive Selbstverteidigung durch das Urteil des obersten Gerichtes zu dem Sunakawa Fall (1959) zu rechtfertigen. In der Sunakawa-Entscheidung war jedoch nie die Rede von kollekti-

ver Selbstverteidigung, ging es in dem Urteil doch vor allem um die Frage, ob der Sicherheitsvertrag mit den USA (*Anpo*) im Einklang mit Artikel 9 stand (siehe hierzu Neumann 1982: 89–93). Mit Yōsuke Izoaki goss ausgerechnet ein enger Vertrauter und Berater des Premierministers Öl in das Feuer, als er auf einer Veranstaltung sagte, es ginge bei der Gesetzgebung darum, auf die veränderte Bedrohungslage zu reagieren. Rechtssicherheit sei in diesem Zusammenhang zweitrangig. In der Folge wurde Izoaki auf Druck der Opposition von dem zuständigen Oberhausausschuss vorgeladen und entschuldigte sich für seine Äußerungen (*Yomiuri Online* 03.08.2015).

5 Wahlrechtsreform

Ein weiterer Punkt auf der parlamentarischen Tagesordnung war die vom obersten Gerichtshof in der Vergangenheit mehrfach angemahnte Reform des Oberhauswahlrechts. Dabei geht es vor allem um die durch Landflucht und Verstädterung stetig wachsende Ungleichheit von Stimmen zwischen den ländlichen und urbanen Wahlkreisen. Diese Stimmenungleichheit zwischen dem bevölkerungsärmsten und bevölkerungsreichsten Wahlkreis wird seit Mitte der 1990er Jahre durch kleine Verschiebungen von Wahlkreisgrenzen bei einem Faktor 5:1 gehalten. In seinem Urteil über die Verfassungskonformität der Oberhauswahl 2013 monierten Japans oberste Richter diese Salami-Taktik des Parlaments und forderten eine grundlegende Reform inklusive der Schaffung von Wahlkreisen über Präfekturgrenzen hinweg (*Kyodo News* 25.07.2015). Um zu verhindern, dass die Oberhauswahl im Jahre 2016 als verfassungswidrig eingestuft wird, mussten die im Parlament vertretenen Parteien einen Kompromiss erzielen. Dabei kam es zu ungewöhnlichen Koalitionen: DPJ und Kōmeitō sprachen sich für eine weitgehende Neuordnung der Wahlkreise aus. Beide Parteien forderten die Zusammenlegung von 20 existierenden Wahlkreisen in den bevölkerungsschwachen Präfekturen zu 10 neuen Wahlkreisen. Mit dieser Formel ließe sich die Ungleichheit einer Wählerstimme auf den Faktor 2:1 reduzieren (Takahashi 2015). Die LDP hingegen, mit ihren Hochburgen in eben diesen ländlichen Gebieten, wollte die Zahl der zu zusammenlegenden Wahlkreise so gering wie möglich halten. So entschied sich die LDP letztlich für das geringere Übel einer Minimallösung, die vier Oppositionsparteien als Kompromissvorschlag erarbeitet hatten: Dieser Vorschlag beinhaltet die Fusion der Wahlkreise Shimane und Tottori sowie Tokushima und Kōchi zu jeweils einem präfekturübergreifenden Wahlkreis. Darüber hinaus erfolgt eine Umverteilung von Wahlkreisen aus ländlichen in urbane Präfekturen. Diese Umschichtung von Wahlkreisen wird die Un-

gleichheit der Stimmen allerdings nur auf 3:1 reduzieren. Die Umsetzung dieses Gesetzentwurfes wurde von beiden Kammern des Parlaments im Juli 2015 beschlossen und wird ihre erste Anwendung bei der kommenden Oberhauswahl im Sommer 2016 finden (Higuchi 2015). Es bleibt abzuwarten, ob das Parlament mit dieser Minimallösung die Forderung des obersten Gerichtshofes nach einer grundlegenden Reform erfüllt hat.

6 Energiepolitik

Das Wirtschaftsministerium und die Regierungskoalition verfolgten in Sachen Energiepolitik in dem hier beleuchteten Zeitraum den gleichen Kurs, der bereits in dem Energieplan aus dem April 2014 angedeutet wurde. Im Jahr 2030 soll Japans Energie-Mix wie folgt aussehen: Erneuerbare Energien 22–24 %, 20–22 % Kernenergie, 27 % LNG, 26 % Steinkohle, 3 % Öl (*Nikkei Online* 24.04.2015). Diese Zielvorgaben bedeuten zwar einerseits den Ausbau erneuerbarer Energien, aber auch die weitere Nutzung eines Teils der gegenwärtig 43 Reaktoren.

Bis August 2015 standen in Japan alle Kernreaktoren still. Dies änderte sich, nachdem die nationale Atomaufsichtsbehörde im Mai 2015 dem Betreiber Kyushu Electric Power (Kyūshū Denryoku) die Genehmigung erteilte, die Reaktoren Nummer 1 und 2 am Standort Sendai in der Präfektur Kagoshima wieder anzufahren. Reaktor Nummer 1 ist seit August 2015 wieder am Netz. Sendai ist damit der erste Reaktor, der nach dem Erlass der strengeren Sicherheitsbestimmungen im Juli 2013 wieder ans Netz gegangen ist (*AS Digital* 11.08.2015b). Zudem bestätigte die Aufsichtsbehörde dem von Kansai Electric Power (Kansai Denryoku) betriebenen Kraftwerk Takahama (Reaktoren Nummer 3 und 4, Präfektur Fukui) sowie dem von Shikoku Electric Power (Shikoku Denryoku) betriebenen Kraftwerk Ikata (Präfektur Ehime) die für die Inbetriebnahme notwendigen neuen Sicherheitsauflagen zu erfüllen (*Nikkei Online* 15.07.2015). Auf der anderen Seite beschlossen die Kraftwerksbetreiber die Stilllegung und den Rückbau von fünf alten Reaktoren (Mihama 1 und 2, Tsuruga 1, Genkai 1 und Shimane 1), die allesamt seit den 1970er Jahren in Betrieb sind. Als Reaktion auf die Reaktorkatastrophe im Kraftwerk Fukushima Daiichi, wurde unter der DPJ-Regierung die Laufzeit der Reaktoren auf 40 Jahre begrenzt. Eine spezielle Betriebserlaubnis für 20 weitere Jahre ist zwar möglich, jedoch mit sehr hohen Kosten verbunden. Da die fünf obigen Reaktoren allesamt vergleichsweise wenig Energie erzeugen, lohnt sich die Investition in die für den Weiterbetrieb notwendige Aufrüstung nicht. Die Entscheidung für die Stilllegung wurde zudem durch eine Gesetzesänderung erleichtert, die es den Betreibern er-

laubt, die Reaktoren über zehn Jahre verteilt (nicht wie bisher innerhalb eines Jahres) abzuschreiben (*Tōyō Keizai Online* 2015).

Andererseits empfahl eine Expertenkommission die Lockerung von Umweltschutzrichtlinien, um die Erschließung von Geothermiequellen zu ermöglichen. Diese liegen in den meisten Fällen unter Naturschutzgebieten, in denen der Bau von Kraftwerken gegenwärtig verboten ist. Solange die Betreiber bestimmte Auflagen einhalten, würden 70 % aller geothermischen Quellen für die Energiegewinnung erschließbar. Die entsprechenden Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen will das Umweltministerium im Herbst verkünden (*AS Digital* 31.07.2015). Ob die geplanten Neuregelungen der Geothermie in Japan zum Durchbruch verhelfen werden, bleibt abzuwarten, denn die geothermische Energiegewinnung hat auch ihre Kritiker, nämlich Umweltschützer sowie kleine und mittelständische Betriebe (z. B. Ryokan-Besitzer, die auf die Thermalquellen, die oftmals in der Nähe der Nationalparks liegen, angewiesen sind) (*Scalise* 21.12.2011).

7 70 Jahre Kriegsende und Vergangenheitsbewältigung

2015 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 70sten Mal. Es versteht sich von selbst, dass dieses Datum sowohl Chancen auf Versöhnung bietet als auch das Risiko beinhaltet, Konflikte über den Umgang mit der Kriegsvergangenheit weiter zu befeuern. Premierminister Abe kündigte im Januar 2015 an, zum Anlass des Kriegsendes vor 70 Jahren eine Erklärung zu veröffentlichen (*YS* 06.01.2015). Seine Vorgänger Murayama und Koizumi hatten dies bereits zum 50sten und 60sten Jahrestag getan. Kritiker wie die Vorsitzende des LDP PARC (Policy Research Councils) Tomomi Inada argumentieren, dass sich Japan nicht weiter entschuldigen müsse. Der Zweite Weltkrieg sei mit dem Friedensvertrag von San Francisco beendet und immerhin hätte Japan nach Kriegsende harte Reparationen entrichten müssen (*AS Digital* 11.08.2015a). Neben dem Begriff »Entschuldigung« stören sich Kritiker vor allem an Termini wie »Angriffskrieg« und »Kolonialismus«. Auch Premier Abe hatte sich in den 1990er Jahren als Kritiker der Murayama-Erklärung profiliert (siehe Saaler 2006: 78–79).

Anfang 2015 berief die Regierung ein Beratergremium namens »Kommission zu Japans Zielen im 21. Jahrhundert« unter dem Vorsitz des Präsidenten der japanischen Post, Taizō Nishimuro ein. Wie bereits der offizielle Name der Kommission nahelegt, sollte das Gremium nicht nur über die Lehren, die Japan aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts ziehen sollte, beraten, sondern auch eine Bewertung der Nachkriegszeit und des Versöhnungsprozesses mit China und Korea vorneh-

men und Japans Rolle im 21. Jahrhundert skizzieren (YS 20.02.2015). In ihren Empfehlungen sprach sich die Kommission, wenn auch nicht einstimmig, dafür aus, zentrale Elemente der Vorgängererklärungen beizubehalten. So verwies der Abschlussbericht explizit auf die »Ausweitung der Invasion« auf dem asiatischen Festland seit dem Mukden-Zwischenfall im Jahre 1931, das Leid, welches den asiatischen Ländern infolge des Krieges durch das Kaiserreich angetan worden war, sowie die Brutalität des Kolonialismus ab Mitte der 1930er Jahre (Tōyama und Matsu-moto 2015).

Allerdings gab die Kommission lediglich Vorschläge ab, das Verfassen der eigentlichen Erklärung übernahm das Premierministerialamt selbst. In einer Pressekonferenz am Vorabend des Jahrestages gab Premier Abe seine Erklärung ab. Einerseits fanden sich in Abes Erklärung die oben genannten, von rechter Seite kritisierten Begriffe wie »Entschuldigung«, »Angriffskrieg« und »Kolonialismus«, andererseits vermied sie es, im Gegensatz zu der konkreten Darstellungen in dem Bericht der Expertenkommission, deutlich zu machen, dass es sich dabei um eine verfehlte Politik Japans handelte. An anderer Stelle wird betont, dass sich Japan seiner Geschichte auch in Zukunft stellen müsse, obgleich es nicht angebracht sei, zukünftigen Generationen die Last, sich weiter für die Vergangenheit entschuldigen zu müssen, aufzubürden. Folglich viel das Echo geteilt aus: Die Yomiuri lobte die Entschuldigung als ehrliche Äußerung des Premiers und sah die Rede als eine Gelegenheit an, die Zeit der Entschuldigungen zu beenden (YS 15.08.2015). Die Asahi auf der anderen Seite wertete die Erklärung als einen Rückschritt in die Zeit vor der Murayama-Erklärung. Es sei nicht klar, für wen und weshalb Abe diesen Kompromiss zwischen den harten historischen Fakten und seinem eigenen Geschichtsverständnis verfasst hätte (AS 15.08.2015). Diese beiden Reaktionen zeigen sehr deutlich die Schwierigkeit des Balanceaktes, den die Regierung Abe mit der Erklärung gehen musste. Auf der einen Seite wollte der Premierminister ein klar in die Zukunft gerichtetes Statement abgeben und die Zeit der »Entschuldigungen« beenden. Auf der anderen Seite sah er sich starkem innen- wie außenpolitischen Druck ausgesetzt, die ungeliebte Murayama-Erklärung zu übernehmen. Herausgekommen ist ein Kompromiss. Ob man diesen als gelungen oder faul ansieht, liegt im Auge des Betrachters.

Die Kontroverse um den Umgang mit der Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beschränkte sich allerdings nicht nur auf Abes Erklärung. Nachdem die Asahi Shinbun im August 2014 16 Artikel, die auf falschen Aussagen Seiji Yoshidas zu den »Trostfrauen« (*inānpu*) beruhte, zurückgezogen und eine unabhängige Untersuchung ankündigt hatte, sah sich die liberale Tageszeitung massiver Kritik ausgesetzt. Darauf kam es zu massiven Drohungen gegen ehemalige Asahi Journalisten, deren

Familienangehörige sowie Universitäten, an denen die Journalisten unterrichteten (MS 20.10.2014). Konservative Kritiker argumentierten, die auf falschen Tatsachen beruhende Berichterstattung der Asahi über die »Trostfrauen« hätte das Japan-Bild in der Welt, vor allem in Südkorea, nachhaltig und negativ beeinflusst. Sie sahen den Widerruf der Asahi als letzten Beweis dafür an, dass es sich bei den »Trostfrauen« keine »Sexsklavinnen«, sondern lediglich um Prostituierte handele. In ihrem Abschlussbericht zu der Asahi-Affäre kommt die unabhängige Untersuchungskommission jedoch zu dem Schluss, dass die Berichterstattung der Asahi über Yoshida lediglich einen geringen Einfluss auf die internationale Berichterstattung zu dem Thema »Trostfrauen« hatte (ASDI 2014: 27–28). Der Bericht zeigt zudem, dass ausländische Medien vor allem über Kommentare von Premierminister Abe berichtet haben.

8 Olympia

Die Vorfreude auf die olympischen Sommerspiele 2020 wurde im Sommer 2015 durch eine Debatte um das neue Nationalstadium im Zentrum von Tōkyō zumindest temporär gedämpft. Ursprünglich waren die Kosten für den Nachfolgebau des Hauptstadiums der Sommerspiele von 1964 mit 130 Milliarden Yen veranschlagt worden. Nach der internationalen Ausschreibung des Stadium-Designs stiegen die Kosten erst auf 162 Milliarden Yen. Im Sommer 2015 war dann von 252 Milliarden Yen die Rede. Nach massiver öffentlicher Kritik an der Kostenexplosion kündigte Premier Abe eine Rückkehr zum Reißbrett an. Ein neues, kostengünstigeres Design solle gefunden werden, um die Kosten bei 200 Milliarden Yen zu halten (AS 17.07.2015). Für den Premierminister kam die Stadiums-Diskussion zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt: Seine Zustimmungquote hatte bereits unter der oben diskutierten Sicherheitsgesetzgebung gelitten, das (zu) teure Stadium drohte zu einer weiteren Angriffsfläche zu werden. Folglich entschied sich Abe für einen Neustart des Projekts.

9 Agrarpolitik und TPP

Japans Landwirtschaftspolitik bewegt sich nach wie vor zwischen Stillstand und Wandel. Zum einen brachte die Regierung Abe Anfang des Jahres 2015 eine umfassende Reform der Agrargenossenschaften auf dem Weg, zum anderen ist auch im August 2015 noch immer keine Einigung in Sachen Transpazifisches Partnerschaftsabkommen (TPP) in Sicht.

Für die Regierung Abe ist die Reform der Agrargenossenschaften ein notwendiger Schritt, um das Sorgenkind Landwirtschaft in eine Wachstumsbranche zu verwandeln. Das Durchschnittsalter der Bauern liegt bei 66 Jahren und die Produktion landwirtschaftlicher Produkte ist in den letzten zwei Jahrzehnten um 20 % gesunken. Die Reformen sollen einen Anreiz für Bauern und lokale Agrargenossenschaften darstellen, ihre Produktivität eigenständig zu steigern. Bisher unterlagen die 694 regionalen Agrargenossenschaften der Richtlinienkompetenz der Zentrale (JA Zenchū) des Verbandes der Agrargenossenschaften JA (Japan Agriculture). Mit der Reform wird die Macht der Zentrale eingeschränkt. Darüber hinaus sieht das Reformpaket die Überführung von JA Zenchū in eine reguläre gemeinnützige Organisation vor. Bisher war JA Zenchū eine im Agrargenossenschaftsrecht verankerte Organisation (AS 10.02.2015).

Literatur

- AS (*Asahi Shinbun*) (20.12.2014), »Jisedai, Hoshuhyō Torikomezu Shūinsen, Netto Uha Tanomi ni Genkai, Kōnin 48nin, Tōzen Futari« [PFG kann bei Unterhauswahl konservative Wähler nicht für sich gewinnen, Abhängigkeit von rechten Netzaktivisten stößt an Grenzen, von 48 Kandidaten nur 2 erfolgreich], S. 3.
- AS (*Asahi Shinbun*) (30.01.2015), »Chijisen 3renpai, Kantei Pinchi Abe no Ame to Mucha ni »Chihō no ran« [Dritte Wahlniederlage in Folge bei Gouverneurswahlen, missliche Lage des Premierministerialamtes, Aufstand der Regionen gegen Abes Zuckerbrot und Peitsche], S. 18.
- AS (*Asahi Shinbun*) (10.02.2015), »Nōkyō Kaikaku, Seiken Oshikiru Zenchū no Kengen, Ohaba Shukushō« [Regierung drückt Reform der Agrargenossenschaften durch, drastische Beschränkung der Macht von JA Zentral], S. 2.
- AS (*Asahi Shinbun*) (18.04.2015), »Jimin, BPO ya Hōsōhō Genkyū Tere Asa, NHK Kikitori Hō Sute nado« [LDP befragt TV Asahi, NHK zu Hōdō Station etc., verweist auf BPO, Rundfunkgesetz], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (02.07.2015), »Hōdō Iatsu, Haikei ni ha Jimin Benkyōkai, 3shi Hatsugen« [LDP Arbeitskreis als Hintergrund der Einschüchterung der Presse, Kommentare der drei Personen], S. 3.
- AS (*Asahi Shinbun*) (03.07.2015), »Hōdō Iatsu, Shushō ›Watashi ni Sekinin‹ ›Hijōshiki na Hatsugen‹ Kokkai Tōben« [Einschüchterung der Presse: Premier im Parlament »Die Verantwortung liegt bei mir«, »absurde Aussagen«], Abendausgabe, S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (14.07.2015), »Naikaku Fushiji 42 %, Shiji 39 % Anpo Hōan »Hantai« 56 %« [Ablehnung bei 42 %, Zustimmung zum Kabinett bei 39 %, 56 % gegen Gesetzesvorlage zur Sicherheitspolitik]. S. 1.

- AS (*Asahi Shinbun*) (14.07.2015), »Shingi Kenshō Anpo Hōsei: 1) Sunagawa Hanketsu, Izon fukameru Seiken« [Beobachtungen zu den Parlamentsberatungen zum Sicherheitsgesetz: (1) Abhängigkeit Regierung erhöht die Abhängigkeit von dem Sunagawa-Urteil], S. 4.
- AS (*Asahi Shinbun*) (14.07.2015), »Taihan ga »hantai« Tasū Anpo Hōan, Kakusha Yoron Chōsa« [Mehrheit gegen den Gesetzesentwurf zur Sicherheitspolitik, Meinungsumfragen verschiedener Medienunternehmen], S. 3.
- AS (*Asahi Shinbun*) (17.07.2015), »Shinkokuritsu, Kōhi Sakugen ha Futōmei Gutaisaku ha kore kara Shushō Minaoshi Hyōmei he« [Premierminister erklärt Planänderung bei Bau des neues Nationalstadions, Reduzierung der Baukosten unsicher, konkrete Maßnahmen folgen], S. 3.
- AS (*Asahi Shinbun*) (22.07.2015), »Shinryaku, Kokusaku no Ayamari Chūmon aitsugu 70nen Danwa Yūshikishakon, Raigetsu Shojun ni Hōkokusho« [Invasion, verfehlte, staatliche Politik], S. 3.
- AS (*Asahi Shinbun*) (15.08.2015), »Shasetsu: Sengo 70nen no Abe Danwa Nan no tame ni dashita no ka« [Kolumne: Für was hat Abe seine Erklärung zum 70sten Jahrestag des Kriegsendes veröffentlicht?], S. 14.
- AS *Digital* (*Asahi Shinbun Digital*) (31.07.2015), »Kokuritsu, Kokutei Kōen de no Chinetsu Kaihatsu, Kisei Kanwa he Kankyōshō« [Erschließung von Geothermie in Nationalparks, Umweltministerium für Aufweichung der Restriktionen], »http://www.asahi.com/articles/ASH7Z46TVH7ZULBJ005.html?iref=comtop_6_03 (31.07.2015).
- AS *Digital* (*Asahi Shinbun Digital*) (11.08.2015a), »Jimin Inadashi, owabi ni hiteiteki Sengo 70nen Danwa« [Frau Inada von der LDP lehnt »Entschuldigung« in der Erklärung zum 70-jährigen Jahrestages ab], <http://www.asahi.com/articles/ASH8C7JC0H8CUTFK01G.html> (14.08.2015).
- AS *Digital* (*Asahi Shinbun Digital*) (11.08.2015b), »Sendai Genpatsu 1gōki ga Saikadō Kyūshū Denryoku, Shinkisei Kijun shita de hajimete« [Kyushu Denryoku: Reaktor des Atomkraftwerks Sendai wieder angefahren; erstes Wiederanfahren auf Basis der neuen Sicherheitsstandards], <http://www.asahi.com/articles/ASH8C00GBH8BTIPE046.html> (11.08.2015).
- ASDI (*Asahi Shimbunsha Daisansha Iinkai*) (2014), *Hōkokusho (Yōyakuban)* [Bericht (Zusammenfassung)], <http://www.asahi.com/shimbun/3rd/2014122202.pdf> (31.07.2015).
- DPJ (2014), *Manifesto* [Wahlprogramm], <https://www.dpj.or.jp/download/17761.pdf> (14.08.2015).
- Higuchi, Junya (25.07.2015), »Close Up 2015: Kotesaki no Saninsen Kaikaku 2gōku 10zō 10gen, Raika kara« [Close-Up 2015: Halbherzige Reform der Oberhauswahl: Zwei fusionierte Wahlkreis, Umverteilung von 10 Wahlkreisen, in Effekt ab nächsten Sommer], in: *Mainichi Shinbun*, S. 3.
- HS (*Hokkaidō Shinbun*) (20.10.2014), »Obuchi Keisanshō ga Jinin« [Wirtschaftsministerin Obuchi tritt zurück], Sonderausgabe.

- Ikegami, Akira (24.04.2015), »Tere Asa, NHK Kikitori Jimin koso Hösöhō Ihan de ha« [Befragung von Terebi Asahi, NHK: Die LDP ist es, die gegen das Rundfunkgesetz verstößt], in: *Asahi Shinbun*, S. 17.
- Jisedai no Tō (2014), *Jisedai o Kibō moteru Nihon o* [Für ein Japan, in dem die nächste Generation Hoffnung haben kann], <http://jisedai.jp/cp-bin/wordpress/wp-content/uploads/2014/11/%EF%BC%88%E6%94%BF%E7%AD%96%E9%9B%86%EF%BC%89%E6%AC%A1%E4%B8%96%E4%BB%A3%E3%81%8C%E8%AA%87%E3%82%8A%E3%82%92%E6%8C%81%E3%81%A6%E3%82%8B%E6%97%A5%E6%9C%AC%E3%82%92.pdf> (03.08.2015)
- Kobayashi, Makoto und Hiromi Makino (18.05.2015), »Ōsakato Kōsō: Jūmin Tōhyō, Hiketsu Hashimotoshi ›Seikai Intai‹ Shichō Ninkigō ni« [Ōsakato Konzept bei Bürgerentscheid gescheitert, Hashimoto erklärt Rücktritt aus der Politik zum Ende seiner Amtszeit als Bürgermeister], in: *Mainichi Shinbun*, S. 1.
- Kyodo News* (02.07.2015), »Q&A: ›Seiken no Ogori‹ to Hihan aitsugu Jimintō no Hōdō Atsuryoku Mondai« [Q&A: Fortlaufende Kritik an dem Druck der LDP auf die Medien: »Arroganz der Regierung«], <http://www.47news.jp/47topics/e/266763.php> (29.07.2015).
- Kyodo News* (25.07.2015), »Sanin Senkyo Seido Kaikaku: Teisū Chōsei de Senkyoku Iji Saikōsai ›Atsuryoku‹ ni Tenkan« [Wahlrechtsreform im Oberhauses: Aufrechterhaltung der Wahlkreise durch Anpassung der Zahl der Sitze: Änderung durch Druck des Obersten Gerichtshofes], <http://www.47news.jp/47topics/e/267441.php> (29.07.2015).
- MS (Mainichi Shinbun)* (03.09.2014), Naikaku Kaizō: Kyō Kanjichō ni Tanigakishi Obuchishi ha Keisan, saita tai, Josei 5nin Kiyō [Kabinettsumbildung heute: Tanigaki wird Generalsekretär, Obuchi Wirtschaftsministerin, Fünf Frauen im Kabinett bedeutet Rekord], S. 1.
- MS (Mainichi Shinbun)* (04.09.2014), »Dai 2ji Abe Kaizō Naikaku: Chihō, Josei ni Jūten Shushō ›Seisaku Daitan ni‹« [Umbildung des 2. Abe-Kabinetts: Fokus auf Regionen, Frauen, Premierminister will Politik ›mutig‹ vorantreiben], S. 1.
- MS (Mainichi Shinbun)* (04.09.2014), »Close Up 2014: Abe Kaizō Naikaku Sōsai Saisen he fuseki ›Ishiba fuuji‹ ariki« [Umgebildetes Abe Kabinet, Vorbereitung auf Wiederwahl zum Parteivorsitzenden durch Einbindung Ishibas], S. 3.
- MS (Mainichi Shinbun)* (04.09.2014), »Dai Niji Abe Kaizō Naikaku: Kakuryō, Jimintō Shikkōbu no Yokokao« [Zweites umgebildetes Abe Kabinet: Profile der Mitglieder des Kabinetts und der LDP Exekutive], S. 7.
- MS (Mainichi Shinbun)* (20.10.2014), »Ianfu Mondai Hōdō: Moto Asahi Kisha he no tomaranu Kōgeki« [Problemhafte Berichterstattung zu den Trostfrauen: Nicht enden wollende Angriffe auf ehemalige Asahi-Journalisten], S. 4.
- MS (Mainichi Shinbun)* (19.11.2014), »Towareru Abe Kaisan: 1 Neratte ita Nennai Senkyo« [Hinterfragt: Unterhausauflösung durch Abe / 1 die anvisierte Wahl innerhalb dieses Jahres], S. 3.

- MS (*Mainichi Shinbun*) (29.12.2014), »Shūinsen: Jimin no Chūritsu Yōsei, Senkyo Hōdō ni Eikyō Terebi no Zaikyō 6kyoku« [Unterhauswahl: Forderung der LDP nach Neutralität hatte Einfluss auf die Wahlberichterstattung der sechs Tokioter Fernsehsender], S. 6.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (08.01.2015) »Close Up 2015: Minshutō Daihyōsen Kokuji 3 Kōho, Tōsaisei wo Kyōchō Keizai, Anpo de Dokuji Iro« [Close-Up 2015: Anmeldung zur Wahl des DPJ Vorsitzenden: Drei Kandidaten betonen Wiederaufbau der Partei, unterschiedliche Haltungen in Sachen Wirtschaft und Sicherheitspolitik], S. 3.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (09.01.2015), »Minshutō Daihyōsen: Tōronkai Okadashi ›Antei‹, Hosonoshi ›Ketsubetsu‹ Keizai Seisaku Hihan ni Ondosa Nagatsumashi, Riberaru Kyōchō [Rennen um DPJ Parteivorsitz: Bei Podiumsdiskussion betont Okada Stabilität, Hosono Trennung, auch bei der Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung gibt es Meinungsverschiedenheiten, Nagatsuma betont liberale Haltung], S. 2.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (20.01.2015), »Minshutō: Okada Jinji, Kessoku he baransu Jūshi Hosono-shi Kiyō, Anpo de Hidane mo« [DP]: Personalentscheidungen von Okada, Fokus auf Balance der Einigkeit wegen; Berufung von Hosono; Sicherheitsgesetzgebung ein potentielles Problem], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (02.06.2015), »Machimura Zenshūin Gichō Shikyo: ›Totsuzen no Koto de Kyōgaku‹ Yoyatō kara Itamu Koe« [Tod des ehemaligen Unterhauspräsidenten Machimura: Stimmen aus den Regierungsparteien und der Opposition: ›Fassungslosigkeit aufgrund der plötzlichen Nachricht‹], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (07.08.2015), »Close-up 2015: Yūshikishakon Hōkokusho Teishutsu Shushō, doko made Hanei ›Shinryaku‹, ›Kokusaku‹ omoi teiki« [Close-up 2015: Expertenkommission übergibt Bericht, wirft schwere Fragen nach »Invasion«, »staatliche Politik« auf; Inwieweit wird Premier Abe den Bericht berücksichtigen], S. 3.
- Murao, Tetsu (29.11.2014), »Minna no Tō: 5nen, Hitori Kaisan Kaiken, Asao Daihyō« [Minna no Tō: Nach fünf Jahren, einsame Pressekonferenz des Parteivorsitzenden Asao zur Parteiauflösung], in: *Mainichi Shinbun*, S. 5.
- Murao, Tetsu und Yūsuke Kaite (20.11.2014), »Minna no Tō: 28nichi Kaitō Kessei 5nen ›Dai-sankyoku‹ hatasezu« [Minna no Tō: Parteiauflösung am 28.11., 5 Jahre nach Gründung, konnte Rolle der »Dritten Kraft« nicht ausfüllen], in: *Mainichi Shinbun*, S. 2.
- Neumann, Reinhard (1982), *Änderung und Wandlung der Japanischen Verfassung*, Köln: Carl Heymanns Verlag.
- Nikkei Online* (24.04.2015), »Genpatsu Hiritsu 20–22 % ni, 30nen Dengen Kōsei, Keisanshōan, Jinsaimae kara Gen« [Entwurf des Wirtschaftsministeriums: Atomkraft soll 2030 20–22 % am Energiemixes ausmachen, weniger als vor dem großen Ost-Japanischen Erdbeben 2011], http://www.nikkei.com/article/DGXLASDF23H1W_T20C15A4MM8000/ (29.07.2015).
- Nikkei Online* (15.07.2015), »Ikata Genpatsu 3gōki Anzen Shinsa ni Gōkaku Saikadō ha kontō Ikō« [Reaktor 3 des Atomkraftwerks Ikata besteht Sicherheitsprüfung, Neustart im

- Winter dieses Jahres oder danach], http://www.nikkei.com/article/DGXLASGG15H02_V10C15A7MM0000/ (29.07.2015).
- Reed, Steven R. (2013), »Challenging the Two-Party System: Third Force Parties in the 2012 Election«, in: Robert Pekkanen, Steven R. Reed und Ethan Scheiner (Hg.), *Japan Decides 2012: The Japanese General Election*, Houndmills: Palgrave MacMillan, S. 72–83.
- Saaler, Sven (2006), *Politics, Memory and Public Opinion: The History Textbook Controversy and Japanese Society*, München: Iudicium.
- Scalise, Paul J. (21.12.2011), »What to do? Choices and Trade-offs in Japan's Post-Fukushima Energy Policy«, *Carnegie Council for Ethics in International Affairs*, http://www.carnegie-council.org/publications/ethics_online/0064.html (31.07.2015).
- Takahashi, Katsuya (15.07.2015), »Sanin Senkyo Seido Kaikaku: Minkō nado 10gōkuan teishutsu Kahansū ni ha todokazu« [Reform des Wahlsystems des Oberhauses: DPJ und Kōmeitō bringen Entwurf zur Schaffung von 10 fusionierten Wahlkreisen ein, aber der Gesetzesentwurf erreicht nicht die erforderliche Mehrheit], in: *Mainichi Shinbun*, S. 5.
- Tōyama, Yukito und Akira Matsumoto (07.08.2015), »Sengo 70nen Danwa: ›Manshū Jihen Ikō, Shinryaku Kakudai: Yūshikishadan ga Hōkokusho« [Erklärung zum 70jährigen Jahrestag des Kriegsendes: »Ausweitung der Invasion seit dem Mukden-Zwischenfall« Bericht der Expertenkommission], in: *Mainichi Shinbun*, S. 1.
- Tōyō Keizai Online* (23.03.2015), Genpatsu 5ki Hairo no Ura de ugomeku ›Baigaeshi‹ no Shinzōsetsu« [Hinter dem Rückbau von 5 Reaktoren erscheinen die Neubauten als doppelte Rache], <http://toyokeizai.net/articles/-/63971> (29.07.2015).
- Winkler, Christian G. (2011), *The Quest for Japan's New Constitution*, Abingdon: Routledge.
- Yomiuri Online* (2014), »Shūinsen 2014« [Unterhauswahl 2014], <http://www.yomiuri.co.jp/election/shugiin/2014/> (03.08.2015).
- Yomiuri Online* (15.12.2014), Shūinsen Tōhyōritsu, Kako Saitei Shōsenkyoku 52.66 % [Unterhauswahl: Wahlbeteiligung auf historischem Tief, in den Einzelwahlkreisen bei 52,66 %], <http://www.yomiuri.co.jp/election/shugiin/2014/news/20141215-OYT1T50099.html> (18.08.2015).
- Yomiuri Online* (13.04.2015), »Jimin, Dōfukengisen 24nen buri Kahansū, Chijisen Zenshō« [LDP gewinnt zum ersten Mal seit 24 Jahren wieder Mehrheit der Sitze bei Präfektur-Parlamentswahl, siegt bei allen Gouverneurswahlen], <http://www.yomiuri.co.jp/election/local/2015/news/20150413-OYT1T50073.html> (19.08.2015).
- Yomiuri Online* (03.08.2015), »Isozakishi ga Hatsugen Tekkai, Jinin shinai Ikō, Sankōnin Shōchi« [Isozaki zieht Aussage zurück, hat nicht vor zurückzutreten – Vorladung als Zeuge], <http://www.yomiuri.co.jp/politics/20150803-OYT1T50077.html> (03.08.2015).
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (24.05.2015), Ishin – Yui no Gōryū Anun ›Jishu Kenpō‹ ni Edashi Hanpatsu« [Dunkle Wolken über der Ishin-Yui Fusion, Eda gegen »unabhängige Verfassung«], S. 4.

- YS (*Yomiuri Shinbun*) (17.12.2014), »Ishiharashi ga Seikai Intai ›Harebare to shita Kimochi« [Ishihara erklärt Rücktritt aus der Politik, ›in heiterer Stimmung], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (23.12.2014), »Machimuraha aratame Hosodaha, 25nichi ni mo, ›Jishitsu, Abeha‹ no Koe mo« [Machimura Faktion wird am 25. zur Hosoda Faktion, ›De Facto Abe Faktion], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (06.01.2015), »Sengo 70nen Danwa ›Heiwa he no sekkyokuteki Kōken‹ Kyōchō Shushō Kaiken Murayama Danwa Keishō mo« [Erklärung zum 70jährigen Jahrestag des Kriegsendes: Premierminister betont ›proaktiven Beitrag zum Frieden‹, Beibehaltung von Murayama-Erklärung], S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (20.02.2015), »Jinsen, Chūgoku ni ittei no Hairyo 70nen Danwa Yūshikisha Kondankai« [Personalauswahl, gewisse Rücksicht auf China bei dem Beratungsgremium zu der Erklärung zum 70-jährigen Jahrestags des Kriegsendes], S. 2.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (24.02.2015), »Nishikawa Nōshō ga Jinin Kenkin Mondai Inseki Kōnin ni Hayashi Zennōshō Shushō ›Ninmei Sekinin Watashi ni« [Rücktritt von Landwirtschaftsminister Nishikawa, Zieht Konsequenzen aus Spendenproblem, Ehemaliger Landwirtschaftsminister Hayashi zum Nachfolger ernannt, PM: »Verantwortung für Ernennung liegt bei mir«,], S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (18.05.2015), »Ōsaka Nibun Tokōzō ni Maki Yatō ›Shi mamoru Omoi Ketsujitsu« [Zweigeteiltes Ōsaka: Ende des »To« Konzepts, Opposition: ›Wille, die Stadt zu verteidigen, hat Früchte getragen], S. 25.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (20.05.2015), »Bunretsu fukumi Ishin no Funade Matsuno Shindaihyō Senshutsu ›Shin Abe‹ ›Shin Minshu‹ Hairyo Kagi« [Aufbruch des Ishin inklusive potentieller Spaltung der Partei: Wahl des neuen Parteivorsitzenden Matsuno, Rücksicht auf ›Pro-Abe‹ und ›Pro-DPJ‹ Flügel ist der Schlüssel], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (16.06.2015), »›Minshu to issen‹ Yureru Ishin Hashimoto-shi Shikkōbu Rosen wo ›Hitei« [Schwankender Ishin: ›Auf Distanz zu DPJ‹, Hashimoto gegen Position der Parteiführung], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (15.08.2015), »Shasetsu: Sengo 70nen Danwa Rekishi no Kyōkun Mune ni Mirai wo Hirakō« [Kolumne: Erklärung zum 70sten Jahrestag des Kriegsendes: Lasst uns den Weg in die Zukunft eröffnen, mit den Lehren der Geschichte im Herzen], S. 3.